

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 8 · 43. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 12.9.2012

Elementar

S. 3, 14-15

Das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung contra Gesundheitschutz und Anti-Diskriminierung: Beim Nichtraucherschutz prallen elementare Rechte aufeinander. Die Fraktionen beziehen Stellung.

Fundamental

S. 4

Die Veränderungen des Klimas sind ein weltweites Phänomen. Auch wenn lokal gehandelt werden muss: Wieweit helfen regionale Regelungen? Unterschiedliche Ansichten zum geplanten Klimaschutzgesetz.

Maßgebend

S. 8-13

Bevor er Beschlüsse fasst, diskutiert der Landtag Anträge im Detail, hört Sachverständige, sucht mögliche Kompromisse. Diese Feinarbeit geschieht in Fachausschüssen. Landtag Intern stellt sie vor.

Erforderlich

S. 18

Pünktlich zum 25. Landtags-Jubiläum ist der in die Jahre gekommene Plenarsaal saniert. Nach der Sommerpause präsentiert er sich barrierefrei und mit moderner Klimatechnik. Die Arbeiten im Rückblick.



Mehr als blauer Dunst

Nichtraucherschutz: Wie weit darf der Staat eingreifen?



Raus aus dem Dunstkreis

Verqualmte Büros, verrauchte Bahnhöfe und vernebelte Restaurants: Jahrelang gehörten Glimmstägel in Deutschland immer und überall wie selbstverständlich dazu. Breit gesellschaftlich akzeptiert machten sie gar Karriere als Statussymbol. Dem allgegenwärtigen Dunstkreis entkommen? Kaum eine Chance. Wer nicht selbst rauchte, rauchte zwangsweise mit – erhöhtes Risiko für Herzinfarkt, Schlaganfall und Lungenkrebs inklusive.

Das hat sich in den vergangenen Jahren allmählich gewandelt, auch dank des steigenden Gesundheitsbewusstseins in Politik und Gesellschaft. Laut dem Deutschen Krebsforschungszentrum enthält Tabakrauch über 4.800 verschiedene Substanzen, wovon rund 70 krebserregend sind, beziehungsweise im Verdacht stehen, Krebs zu erzeugen.

Ob auf dem Arbeitsplatz, in öffentlichen Gebäuden, Freizeiteinrichtungen oder der Gastronomie: Nichtraucherinnen und Nichtraucher sind verstärkt in den Fokus sowohl der bundes- wie auch landespolitischen Debatte gerückt. Nordrhein-Westfalen hat vor gut vier Jahren unter schwarz-gelber Regierung ein erstes – wenn auch von der Opposition als lückenhaft kritisiertes – Nichtraucherschutzgesetz verabschiedet.

Dass Debatten um solche Gesetzgebungsprozesse, damals wie heute, nicht ohne Protest ablaufen, versteht sich von selbst: Einerseits können Nichtraucherinnen und Nichtraucher auf den Schutz ihrer Gesundheit

pochen. Noch immer sterben in Deutschland jährlich über 3.000 Menschen an den Folgen des Passivrauchens. Andererseits hat jeder Mensch ein Recht auf Freiheit und selbstbestimmtes Leben, die Wahl seiner Genussmittel eingeschlossen.

SENSIBLER ABWÄGUNGSPROZESS

Verständlich, dass bei diesem Thema die unterschiedlichen Meinungen rauchender und nichtrauchender Menschen und in Konsequenz auch die der von ihnen gewählten Abgeordneten aufeinander prallen. Wie das Parlament als Gesetzgeber in Sachen Nichtraucherschutz nun konkrete Grenzen so ziehen kann, dass sie nicht zu weit, aber auch nicht überzogen sind, kontrollierbar und damit praxistauglich bleiben, ist also ein sensibler Abwägungsprozess zwischen den widerstrebenden Interessen.

Dem muss sich die Landesregierung als Initiatorin des neuen Gesetzentwurfs genauso stellen, wie die einzelnen Fraktionen im Landtag (siehe hierzu auch Seite 16-17). Nach der bereits erfolgten ersten Lesung wird der Gesundheitsausschuss den Entwurf Ende September mit externen Fachleuten beraten – und sorgt damit für eine sachlich fundierte Debatte rund um den blauen Dunst.

bra



Schwerpunkt: Nichtraucherschutz

Strikte Grenzen für Glimmstägel 3

Schlag auf Schlag 14-15

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

Klima: Wer möchte heimische Trüffel?	4
Jugend: Früh übt sich	5
Soziales: Ein Schulsystem für alle	6
Inneres: Nicht ohne meine Zustimmung	7
Überblick: Die Mitglieder der Landesregierung, die Ausschüsse des Landtags	8-13
Sanierung: Operation am Herzstück geglückt	18
Portrait: Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)	19
Impressum	19
Termine	20

Strikte Grenzen für Glimmstängel

Landesregierung will aktuelles Gesetz deutlich verschärfen

4. Juli 2012 – In einer hitzigen Plenardebatte hat Gesundheitsministerin Barbara Steffens in erster Lesung den Entwurf für einen schärferen Nichtraucherschutz in NRW vorgestellt (Drs. 16/125). Der Gesundheitsausschuss des Landtags wird den Gesetzentwurf in den kommenden Monaten detailliert beraten.

Kein Rauch mehr – weder in Festzelten noch auf ausgewiesenen Kinderspielplätzen. Dazu das Aus für Raucherclubs und ein höheres Bußgeld bei systematischen Verstößen: NRW brauche einen konsequenten Schutz, verteidigte **Barbara Steffens** den Regierungsentwurf. Im Tabak seien zahlreiche krebserregende Substanzen enthalten. Über 3.000 Menschen stürben jährlich deutschlandweit am Passivrauchen. Raucher hätten nicht das Recht, andere mit ihrem Verhalten gesundheitlich zu gefährden.

„Es geht also nicht um ein Gesundheitserziehungsgesetz, wie uns einige – wahrscheinlich gleich auch einige Redner – weismachen wollen, sondern um ein Nichtraucherschutzgesetz“, betonte auch SPD-Sprecher **Günter Garbrecht**. Die Freiheit des einen ende nun mal dort, wo die Freiheit des anderen beginne. Hinzu komme das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit. Und auch angesichts von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts habe der verschärfte Nichtraucherschutz Bestand.

Foto: Schälte

Nichtraucherschutz in NRW

Abstimmungsergebnis:

Der Landtag hat den Gesetzentwurf der rot-grünen Regierung zur weiteren Beratung einstimmig an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) sowie mitberatend an drei weitere Fachausschüsse überwiesen: erstens an den für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk, zweitens an den Ausschuss für Kommunalpolitik sowie drittens an den Rechtsausschuss.

Historie des Gesetzes:

Im Jahr 2007 hat der Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP den schwarz-gelben Regierungsentwurf für ein Nichtraucherschutzgesetz beschlossen (Drs. 14/4834). SPD und GRÜNE sowie der fraktionslose und spätere LINKEN-Abgeordnete Rüdiger Sagel stimmten dagegen. In Kraft ist das Gesetz seit Anfang 2008. Damit ist Rauchen in nordrhein-westfälischen Gaststätten und Restaurants nur noch ausnahmsweise erlaubt. Eine ergänzende Raucherkeipen-Regelung kam Mitte 2009 hinzu (Drs. 14/8806).

Unabhängig davon stelle ein Rauchverbot in der Gastronomie keine so große Einschränkung dar, wie häufig behauptet, ergänzte der GRÜNEN-Abgeordnete **Arif Ünal**. In vielen anderen Staaten sei das absolute Rauchverbot längst Alltag. „Ein konsequenter Nichtraucherschutz ist also dringend notwendig, auch in NRW.“ Es gehe nicht darum, Rauchen zu verbieten, sondern Nichtraucherinnen und Nichtraucher in Räumen vor Rauch zu schützen. Das aktuelle Gesetz habe da zu viele Ausnahmen.

„Wir haben einen funktionierenden Nichtraucherschutz“, entgegnete der CDU-Abgeordnete **Peter Preuß**. Hier noch einen Schritt weiter zu gehen, wäre definitiv übertrieben, meinte auch **Simone Brand** (PIRATEN). Zu keinem Zeitpunkt habe es eine Bürgermehrheit für einen schärferen Nichtraucherschutz gegeben. „Nur weil Sie es offensichtlich

nicht geregelt bekommen, die Einhaltung eines aktuellen Gesetzes zu kontrollieren, müssen Sie doch nicht gleich ein neues Gesetz verabschieden.“

Die SPD habe es in 39 Regierungsjahren nicht geschafft, einen solchen Schutz auf die Beine zu stellen, betonte auch Preuß. Mit ihrer Novelle bringe sie nun viele Gastronomen in die Bredouille, habe doch ein Großteil von ihnen in Umbauten entsprechend des aktuellen Gesetzes investiert. „Sie verspielen damit wieder in bemerkenswerter Arroganz Vertrauen“, warnte der CDU-Sprecher.

Dabei seien 80 Prozent der Gastronomiebetriebe in Nordrhein-Westfalen bereits rauchfrei, erinnerte auch der FDP-Abgeordnete **Christian Lindner** und warf insbesondere der GRÜNEN-Fraktion ein „Stück ideologisierte Gesellschaftspolitik“ vor. Ein konsequenter Nichtraucherschutz sei zwar wichtig, und wenn Änderungen im Gesetz notwendig wären, könne man darüber reden. Doch Politik dürfe den Menschen keinesfalls einen Lebensstil aufzwingen, warnte er vor einer „Tugend-diktatur“. Ähnlich argumentierte auch Brand: Ideologische Motive dürften in der Diskussion keine Rolle spielen.

bra



Wer möchte heimische Trüffel?

Ansichten zum wiedereingebrachten Klimaschutzgesetz

5. Juli 2012 – Das Klimaschutzgesetz – ein „Rauchverbot für Schloten“, wie es Hendrik Wüst formulierte, oder ein Motor für den Industriestandort NRW von morgen? Letzteres ist jedenfalls die Auffassung von SPD und GRÜNEN, die die Wiedervorlage des Gesetzes aus der letzten Wahlperiode begrüßten (Drs. 16/127). Während die FDP auf die kritischen Bewertungen aus dem Jahr 2011 hinwies, sah der Redner der Piratenfraktion den Entwurf als Schritt in die richtige Richtung.

Der Klimaschutz sei auch in NRW eine „Jahrhundertaufgabe“, so Umweltminister Johannes Rimmel (GRÜNE). Der Klimawandel schreite voran – regional, national und international. Zur Erreichung der notwendigen Klimaschutzziele und zur Umsetzung der Energiewende müsse man auch lokal handeln. Dies gelte gerade im Energie- und Industrieland Nummer eins in Deutschland. Bis zum Jahr 2050 müsse hier der

Eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung sah hingegen Hendrik Wüst (CDU) in der Gesetzesvorlage. Diese gebe alle Werkzeuge an die Hand, die Axt an den Industriestandort Deutschland zu legen. Natürlich sei es richtig, Klimaschutz und Energieeffizienz als Wirtschaftsfaktoren zu begreifen. Es passe aber nicht in die Zeit, zu versuchen, den Energieverbrauch über gesetzliche Steuerungsmechanismen zu regeln. Auch

Das vorgelegte Gesetz sei eine „Feuerprobe“ befand Henning Höne (FDP). Es stelle sich die Frage, ob der grüne Umweltminister weiterhin alles und der rote Wirtschaftsminister nichts zu sagen habe. Allerdings, so der FDP-Sprecher, könne er außer der neuen Drucksachennummer keine substantiellen Veränderungen gegenüber dem Entwurf aus der letzten Legislaturperiode entdecken. Und deren Bewertung sei ja geradezu vernichtend gewesen: So habe es sowohl verfassungsrechtliche Bedenken als auch Kritik aus Wirtschaft, Wissenschaft und von Gewerkschaftsseite gegeben. Höne befürchtete, zukünftig würden „kostspielige, aber kaum effiziente CO₂-Minderungsmaßnahmen“ quasi planwirtschaftlich vorgegeben.

Die global angelegten Pläne und Konferenzen seien gescheitert, konstatierte Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN). Vor diesem Hintergrund sei ein regionales Klimaschutzgesetz ein Schritt in die



Fotos: Schälte

Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) von 300 auf 70 Millionen Tonnen gesenkt werden. Gleichzeitig sei es notwendig, den Standort NRW mit seinen energieeffizienten Betrieben zu stärken. Der Prozess des Klimaschutzes werde also nur als „gesamtgesellschaftliche Gemeinschaftsanstrengung“ gelingen, so Rimmel.

Auf mögliche langfristige Schäden und die Gefährdung auch der wirtschaftlichen Entwicklung durch Klimaveränderungen wies Rainer Schmeltzer (SPD) hin. Ohne Gegenmaßnahmen seien hierdurch in Deutschland bis zum Jahr 2050 Kosten in Höhe von 800 Milliarden Euro zu befürchten, davon rund 70 Milliarden Euro in NRW. Aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur müssten in NRW Maßnahmen intensiver bedacht und geplant werden als in anderen Bundesländern. Daher wolle man erstmals gesetzliche Klimaschutzziele für NRW verankern. Schmeltzer wertete die Gesetzesvorlage als „Fortschrittsmotor“ zur Stärkung des Industriestandorts und unterstützte die Fortführung eines Dialogs mit allen beteiligten Gruppen.

sei es verkehrt, einem grenzüberschreitenden Problem mit regionalen und sektoralen Klimaschutzkontingenten zu begegnen. Dies führe zu einer Verlagerung von industrieller Produktion in Länder mit niedrigeren Umweltstandards und sei daher kontraproduktiv, befürchtete Wüst.

Die Trüffel würden heimisch, konstatierte Wibke Brems (GRÜNE) mit Blick auf den Klimawandel. Also profitierten Feinschmecker vom Klimawandel. Gleiches gelte für die Produzenten von Photovoltaikanlagen. Das Problem sei, dass die klimafährdenden Treibhausgase unsichtbar wie auch geruchlos seien und die Menschheit nur indirekt und schleichend gefährdeten. Außerdem wachse diese Gefahr derzeit noch in weiter Entfernung, in anderen Erdteilen. Gerade weil NRW die schädlichen Folgen bislang noch nicht direkt erfahre, habe das Land eine Verantwortung zu handeln. Dementsprechend solle das Klimaschutzgesetz die Wirtschaft in NRW fit machen für die Zukunft.

richtige Richtung. Dabei sei es notwendig, ein Nachbessern der Ziele anhand neuer technischer Möglichkeiten zuzulassen. Hinsichtlich der Auswirkungen auf Industrie und Handwerk in NRW regte Rohwedder an, die regionale Wertschöpfung stärker zu berücksichtigen. Notwendig sei auch eine genauere Unterscheidung zwischen Wind- und Sonnenenergie einerseits sowie nachwachsender Energie andererseits. Er begrüßte die vorgesehenen Beteiligungsverfahren, um bei der Energiewende für eine hohe Akzeptanz zu sorgen.

cw

Klimaschutzziele

Im Kampf gegen den Klimawandel hat sich die EU das Ziel gesetzt, in den Industrieländern die Emissionen von Treibhausgasen (Kohlendioxid, CO₂) bis 2050 um 60 bis 80 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken. Bis zum Jahr 2020 soll der CO₂-Ausstoß um 20 Prozent abgebaut werden. Für NRW mit seinem vergleichsweise hohen Anteil an produzierender bzw. energieerzeugender Industrie ist dies eine besondere Herausforderung.

Früh übt sich

Kinder und Jugendliche stärker beteiligen – Niedrigeres Wahlalter?

4. Juli 2012 – Kinder und Jugendliche sollen verstärkt in demokratische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Soweit waren sich alle im Landtag vertretenen Fraktionen einig. Die FDP hatte ihren Antrag aus dem Jahr 2010 wieder aufgegriffen und trat für entsprechende Unterstützungsstellen auf kommunaler Ebene ein (Drs. 16/44). Die CDU hingegen wollte Beteiligung auch über ein Engagement in anderen gesellschaftlichen Bereichen erreichen. Entscheidend sei die Herabsetzung des Wahlalters, betonten SPD und GRÜNE. Die PIRATEN hofften, dass man bei der Jugendbeteiligung, einem Kernthema ihrer Fraktion, nun zu konkreten Ergebnissen komme.

Konkrete Fortschritte in der Jugendbeteiligung forderte **Marcel Hafke** (FDP) ein. Praktisch gehe es um eine Unterstützungs- oder Servicestelle. Diese solle dazu beitragen, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene zu verbessern. Einen entsprechenden Antrag habe die FDP bereits zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode eingebracht. Jetzt freue sich die Fraktion, dass der Koalitionsvertrag von Rot-Grün diese Idee übernommen habe. Allerdings sei diese noch nicht einmal als Absichtserklärung formuliert. Es sei notwendig, jetzt endlich mit der Umsetzung zu beginnen, so der FDP-Sprecher.

In den letzten beiden Jahren habe man einiges an Erkenntnissen in gemeinsamen Gesprächen sowie in einer Anhörung gewinnen können, meinte **Wolfgang Jörg** (SPD). Dies sei sehr konstruktiv gewesen. „Wir müssen als Parlament gemeinsam dafür eintreten, dass Jugendliche in der Tat mitwählen und mitbestimmen dürfen“, so der SPD-Sprecher. Daher lud er vor allem FDP und PIRATEN zur fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit bei diesem Thema ein. In diesem Zusammenhang sprach sich Jörg auch für die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre aus. Dies sei der richtige Weg, um Jugendliche an die Demokratie heranzuführen.

Mehr Jugendbeteiligung sei richtig und zeitgemäß, betonte auch **Walter Kern** (CDU). Insofern begrüße seine Fraktion den Antrag der FDP. Allerdings sei die Förderung der Demokratie nicht nur über Jugendparlamente und Partizipationsmodelle, sondern auch durch die Stärkung der nonformalen Bildung möglich. Auch bei der Jugendfeuerwehr oder den Nachwuchsgruppen von Umweltverbänden werde Persönlichkeit entwickelt und Demokratiebewusstsein gefördert. Vor diesem Hintergrund forderte Kern ein Gesamtkonzept, um Beteiligungsmöglichkeiten zu stärken. Dies dürfe keine Alibi-Beteiligung sein, sondern müsse konkret sein.

Es lohne sich, Kinder und Jugendliche zu beteiligen, hob **Dagmar Hanses** (GRÜNE) hervor: „Je mehr Kinder und Jugendliche wir jetzt ehrlich und konsequent beteiligen, desto größer wird das

künftige Innovations- und Kompetenzpotential unseres Landes.“ Gleiches gelte für die Chancengerechtigkeit bei und das Interesse an Politik sowie demokratischen Prozessen. Kinder und Jugendliche seien oft der Motor für gesellschaftliche Entwicklungen. Aber der von der FDP propagierte Kinder- und Jugendrat sei nur ein Mosaikstein der Partizipation. Das wichtigste Instrument sei die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Die Beteiligung Jugendlicher sei ein Kernthema seiner Fraktion, so **Daniel Düngel** (PIRATEN). Daher wolle man diese Initiative vom Grundsatz her unterstützen. Überrascht zeigte sich Düngel, dass trotz großer anfänglicher Übereinstimmung die Fraktionen in den vergangenen beiden Jahren nicht zu einem konkreten Ergebnis gekommen seien. Offen blieben für ihn die

Fragen, wie man Verbindlichkeit in die einzelnen Gremien bekomme und wie man es leisten könne, dass in allen Kommunen entsprechende Jugendgremien entstünden. Düngel begrüßte, dass die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre im Koalitionsvertrag stehe.

Die Landesregierung unterstütze Partizipationsprojekte auf kommunaler Ebene und in den Jugendverbänden jährlich mit 600.000 Euro, erläuterte **Familienministerin Ute Schäfer** (SPD). Sie begrüßte eine Stärkung der Teilhabe junger Menschen. Man werde jetzt an Rahmenbedingungen arbeiten. Dabei müsse man auch andere Beteiligungsformen einbeziehen, die zum Beispiel gerade im Internet stattfänden. Sie habe aber auch festgestellt, dass die Einladung junger Menschen in die kommunalen Jugendhilfeausschüsse nicht selbstverständlich sei, so die Ministerin. Hier stießen allerdings die Möglichkeiten der Landespolitik an ihre Grenzen. *cw*



Ein Schulsystem für alle

Debatte über gemeinsames Lernen von Behinderten und Nichtbehinderten

4. Juli 2012 – Jahrelang hat das Schlagwort „Integration“ die sozialpolitische Debatte beherrscht. Spätestens seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechts-Konvention rückt zunehmend auch das Thema „Inklusion“ in den Fokus der Diskussion. Auf Initiative der rot-grünen Regierungskoalitionen haben die Abgeordneten im Landtag über Eckpunkte eines inklusiven Schulsystems debattiert und den entsprechenden Antrag an den Schulausschuss überwiesen (Drs. 16/118). Wenige Stunden zuvor hatte das Kabinett einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention beschlossen.

„Speziell in der Schule bedeutet Inklusion einen umfassenden Paradigmenwechsel“, betonte **Renate Hendricks** (SPD). Es gehe um das einklagbare Recht auf einen Platz in der Regelschule. Diesen Anspruch müsse NRW schnellstmöglich in Landesrecht umsetzen, forderte die SPD-Politikerin. Darauf ziele auch der rot-grüne Antrag ab: Demnach soll die Regierung einen Referentenentwurf vorlegen, auf dessen Basis das Parlament beraten kann. „Wir werden jedoch nicht mit einem Schlag von null auf hundert starten“, warnte Hendricks vor Illusionen, die schon allein an der finanziellen Realität scheiterten. Zwischenlösungen seien nötig, Förderschulen würden langsam abgeschmolzen.

Für einen solchen schrittweisen Prozess sprach sich auch **Sigrid Beer** (GRÜNE) aus. Rot-Grün habe hierfür bereits erste wichtige Grundlagen gelegt: 600 zusätzliche sonderpädagogische Stellen sowie entsprechende Fortbildungsmittel. Zudem werde Nordrhein-Westfalen den demografischen Effekt bei der Schüler-Lehrer-Relation nutzen, um die Schulen zu verbessern. „Wir sind bereits auf dem Weg, und wissen: Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif“, sagte Beer und kritisierte die CDU. Diese weiche vom

erarbeiteten Konsens der vergangenen Jahre ab. Unter anderem verabschiedete sie sich davon, den Rechtsanspruch zu realisieren, bemängelte Beer: „Das finde ich äußerst bedenklich.“

Die UN-Konvention umzusetzen, sei für seine Fraktion von höchster Priorität, entgegnete **Klaus Kaiser** (CDU) und warnte vor „kleinkarierten tagespolitischen“ Debatten. Gleichzeitig verwies er auf den aus seiner Sicht zentralen Unterschied: „Rot-Grün formuliert als oberstes Ziel die Festlegung des Rechtsanspruchs ab dem Schuljahr 2013/2014.“ Bei den dafür nötigen Ressourcen aber blieben die Koalitionsfraktionen, anders als die CDU, zu unkonkret, kritisierte Kaiser: „Ich sehe die Landesregierung hier in der gleichen Klemme wie beim U3-Ausbau.“ Neben einer Doppelbesetzung in den Klassen forderte Kaiser zusätzliche 30 Millionen Euro als Startbudget für den Prozess.

Ähnliche Kritik kam auch von **Yvonne Gebauer** (FDP). Sie wertete den Umfang des Inklusionsfonds als unzureichend und betonte: Beim Thema Inklusion sei größtmögliche Sorgfalt gefragt. Dem werde Rot-Grün aber nicht gerecht. „Die Schulen brauchen einen wirklich allum-

fassenden Inklusionsplan und kein Stückwerk“, sagte Gebauer sowohl in Bezug auf den Antrag als auch den am Vortag vorgelegten Aktionsplan. „Sie geben keinerlei konkrete Antworten auf drängende Fragen, damit Städte und Gemeinden handeln und aktiv werden können.“ Nicht jede Kommune könne in Vorleistung treten. Unabhängig davon sprach sich Gebauer für den flächendeckenden Erhalt eines Förder-schulangebots aus.

„Elternwille heißt auch, dass sich Eltern ganz bewusst für eine Förderschule entscheiden können“, betonte **Monika Pieper** (PIRATEN). Dies müsse solange gelten, wie das allgemeine Schulsystem keine gleichwertige Alternative darstelle. Daneben forderte die Piratin aber auch den Anspruch auf einen Platz in der allgemeinen Schule sowie das Recht der Eltern, selbst eine Prüfung auf Förderbedarf zu starten. Dies sei bislang nicht möglich. „In vielen Fällen sind die Schüler, für die wir eigentlich alle etwas Gutes wollen, Opfer der aktuellen Entwicklung“, be-fand Pieper. Die Zeit dränge. Doch der rot-grüne Antrag sei zu schwammig, als dass er Abhilfe schaffen könne.

Dem Antrag fehle Konkretes? „Das ist kein Wunder, wenn hier die ausdrückliche Aufforderung ergeht, diese konkreten Aussagen im Zusammenhang mit der Schulgesetznovelle zu treffen“, verteidigte **Schulministerin Sylvia Löhrmann** (GRÜNE). Dies schließe Ressourcenfragen mit ein. Die von der CDU geforderte Doppelbesetzung bewertete Löhrmann als „schön“. Das bedeutete aber auch 10.000 Stellen mehr: „Wie passt das mit Ihren Haushaltsforderungen zusammen?“ Inklusion sei ein herausfordernder Prozess und der Antrag ein politisches Signal, betonte die Ministerin. „Aber wir fangen auch nicht bei null an.“ Schon heute lernten mehr und mehr Kinder gemeinsam, mit und ohne Handicap. bra

Mit Handschlag bekräftigt ...

... hat die neue Landtagsabgeordnete **Ina Scharrenbach** (CDU) die Verpflichtung gegenüber Landtagspräsidentin **Carina Gödecke**. Scharrenbach konnte bei der Konstituierung des Landtags nicht anwesend sein. Daraufhin wurde die Verpflichtung in der darauffolgenden Sitzung nachgeholt. Foto: Schälte



Nicht ohne meine Zustimmung

PIRATEN fordern obligatorischen Volksentscheid bei Verfassungsänderungen

5. Juli 2012 – Mehr unmittelbare Demokratie auch bei Verfassungsfragen: Das fordern die PIRATEN in einem ihrer ersten Gesetzentwürfe im NRW-Parlament (Drs. 16/119). Bislang reicht für eine Verfassungsänderung eine Zweidrittel-Mehrheit der Abgeordneten. Die PIRATEN sprechen sich nun zusätzlich für einen obligatorischen Volksentscheid aus. Um dies durchzusetzen, müsste der Landtag allerdings zunächst die Verfassung ändern – mit der besagten Zweidrittel-Mehrheit.

„Der Bürger soll das letzte Wort haben“, fasste **Dietmar Schulz** den Antrag der PIRATEN in der Plenardebatte zusammen. Zu hohe Hürden bei Volksentscheiden und Volksbegehren sowie zu wenig Mitbestimmung insgesamt: Viele Menschen hätten längst aufgegeben, sich einzumischen. „Auf der Straße hören wir nichts anderes als: Die machen doch sowieso, was sie wollen, und wir haben gar nicht mitzureden“, schilderte Schulz seine Sicht der Situation vor Ort. Das müsse sich ändern. Die Bürgerinnen und Bürger sollten als Souverän mit darüber entscheiden können, wie das Zusammenleben im Land funktioniere. Das gelte insbesondere für Fälle, in denen das Parlament die Verfassung ändern wolle.

„Wir haben hier kein Defizit an Demokratie im nordrhein-westfälischen Landtag“, reagierte der SPD-Abgeordnete **Hans-Willi Körfges** auf die „Belehrungen“ seines Vorredners. Vielmehr habe das Parlament in den letzten Jahren daran gearbeitet, die Menschen im Land mitwirken zu lassen, wo es nur möglich sei. Auch die stärkere Mitbestimmung speziell bei Verfassungsfragen stehe längst auf der Agenda – dürfe jedoch nicht isoliert diskutiert werden, betonte der SPD-Politiker. „Insoweit sind Sie mit ihrem Gesetzentwurf und Ihrem Ansatz zu kurz gesprungen.“ Gleichzeitig bekannte sich Körfges in der Diskussion klar zum Prinzip der repräsentativen parlamentarischen Demokratie.

„Der Aufwand für einen Volksentscheid ist in etwa so groß wie der bei einer Landtagswahl“, gab der CDU-Politiker **Peter Biesenbach** zu bedenken. Angesichts sinkender Wahlbeteiligung bezweifle er, dass dabei überhaupt akzeptable Mehrheiten zustande kämen. 20 Mal habe NRW seit dem Jahr 1949 seine Verfassung geändert – teils nur, um einzelne Worte um-

zuformulieren. „Wollen Sie dazu einen Volksentscheid?“, fragte der Abgeordnete. Abgesehen davon sei es in der ganzen Zeit zu keinem Volksentscheid gekommen. „Weil immer dann, wenn es ein Volksbegehren gab, es auch angenommen wurde“, stellte Biesenbach fest. Er plädierte daher dafür, eher das Verfahren für Volksbegehren zu erleichtern.

„Wir wollen mehr Demokratie fördern“, sagte auch **Matthi Bolte** (GRÜNE). Unter Rot-Grün habe NRW jüngst Bürgerbegehren und Bürgerentscheide erleichtert sowie die Stichwahl bei Bürgermeister- und Landratswahlen wieder eingeführt. Eine „große demokratische Revolution“ sei in NRW also nicht so drängend, wie es im Antrag anklinge. Nichtsdestotrotz habe sich die Koalition in Sachen direkter Demokratie auch weiterhin viel vorgenommen: „Natürlich müssen wir an das Quorum bei den Volksbegehren herangehen.“ Gleichzeitig betonte Bolte die Notwendigkeit einer umfassenderen Demokratie-Diskussion: Als Plattform hierfür wolle Rot-Grün eine Verfassungskommission einrichten.

Für eine solche fraktionsübergreifende Kommission und integrierte Debatte über alle geplanten Verfassungsänderungen plädierte auch **Dirk Wedel** (FDP). Die direkte Demokratie als Instrument unmittelbarer politischer Einflussnahme sei wichtig. Doch: „Es verbietet sich, mit Schnellschüssen und handwerklich unausgereiften Gesetzentwürfen Hand an unsere Verfassung zu legen.“ Zudem wies der FDP-Sprecher darauf hin, dass lediglich Bayern bei Verfassungsänderungen neben einer Zweidrittel-Mehrheit zusätzlich auch einen Volksentscheid fordere. Und diese Lösung habe Schwächen, insbesondere wenn die Menschen in einem Durchlauf über mehrere Änderungen gleichzeitig abstimmen müssten.

„So richtig es ist, die direkte Demokratie zu stärken, so falsch ist es, repräsentative Demokratie klein zu machen“, betonte Innenminister **Ralf Jäger** (SPD). Auch er unterstrich die Bemühungen in den letzten zwei Jahren für mehr direkte Demokratie, vor allem auf kommunaler Ebene. Gleichzeitig kündigte er an: „Auch auf Landesebene wollen wir die Bürgerbeteiligung erleichtern.“ Dabei verwies Jäger auf die im rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbarte Kommission. Diese solle prüfen, wie zeitgemäß die Verfassung noch sei und wo direkte Demokratie noch mehr Raum erhalten könne. Dabei gelte: „An der Verfassung zu operieren, bedarf immer der Seriosität und Sorgfalt.“ *bra*

Volksbegehren und Volksentscheid

Neben Wahlen sind Volksbegehren und Volksentscheid in der Landesverfassung aufgeführte Mittel der politischen Willensbekundung des Volkes. Mit dem Volksbegehren können Bürgerinnen und Bürger ihr Verlangen äußern, ein Gesetz zu erlassen, zu ändern oder aufzuheben. Es bedarf der Unterstützung von acht Prozent der Stimmberechtigten in NRW (ca. 1,1 Millionen Stimmen). Gegenstand des Begehrens muss ein förmliches Gesetz sein, für das dem Land die Gesetzgebungszuständigkeit zusteht. Zu einem Volksentscheid kommt es im Anschluss an ein Volksbegehren nur, wenn der Landtag diesem nicht entsprochen hat. Das Ziel eines Volksentscheids ist ein Gesetzesbeschluss der Bürgerinnen und Bürger anstelle des Landtags.












Dies gilt auch in Bezug auf die Verfassung. Das Änderungsgesetz ist angenommen, wenn mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten sich an dem Volksentscheid beteiligt und mindestens zwei Drittel der Abstimmenden dem Gesetzentwurf zustimmen. Zusätzlich können sowohl der Landtag als auch die Regierung die Zustimmung zu einer begehrten Verfassungsänderung durch Volksentscheid einholen, wenn im Parlament die notwendige Mehrheit nicht zustande gekommen ist.








Auf einen Blick:

Die Landesregierung






Die Fachausschüsse des Landtags



<p>Ressort</p> <p>Minister/-in</p> <p>Staatssekretär/-in</p> <p>Postanschrift</p> <p>Telefon 0211- Telefax 0211- E-Mail</p>	<p>Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen</p>  <p>Hannelore Kraft Ministerpräsidentin, SPD</p> <p>Franz-Josef Lersch-Mense, Chef der Staatskanzlei Thomas Breustedt, Regierungssprecher</p> <p>Stadttor 1 40219 Düsseldorf 837-01 837-1150 poststelle@stk.nrw.de</p>	<p>Ministerium für Schule und Weiterbildung</p>  <p>Sylvia Löhrmann Stellv. Ministerpräsidentin, GRÜNE</p> <p>Ludwig Hecke</p> <p>Völklinger Straße 49 40221 Düsseldorf 5867-40 5867-3220 poststelle@msw.nrw.de</p>	<p>Finanzministerium</p>  <p>Dr. Norbert Walter-Borjans SPD</p> <p>Dr. Rüdiger Messal</p> <p>Jägerhofstraße 6 40479 Düsseldorf 4972-0 4972-2750 poststelle@fm.nrw.de</p>	<p>Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk</p>  <p>Garrelt Duin SPD</p> <p>Dr. Günther Horzetzky</p> <p>40190 Düsseldorf 837-02 837-2200 poststelle@mweimh.nrw.de</p>	<p>Ministerium für Inneres und Kommunales</p>  <p>Ralf Jäger SPD</p> <p>Dr. Hans-Ulrich Krüger</p> <p>Haroldstraße 5 40213 Düsseldorf 871-01 871-3355 poststelle@mik.nrw.de</p>
<p>Ressort</p> <p>Minister/-in</p> <p>Staatssekretär/-in</p> <p>Postanschrift</p> <p>Telefon 0211- Telefax 0211- E-Mail</p>	<p>Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales</p>  <p>Guntram Schneider SPD</p> <p>Dr. Wilhelm D. Schäffer, Zülfıye Kaykin</p> <p>Fürstenwall 25 40219 Düsseldorf 855-5 855-3211 u. -3683 presse@mais.nrw.de</p>	<p>Justizministerium</p>  <p>Thomas Kutschat SPD</p> <p>Karl-Heinz Krems</p> <p>Martin-Luther-Platz 40 40212 Düsseldorf 8792-0 8792-456 poststelle@jm.nrw.de</p>	<p>Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz</p>  <p>Johannes Remmel GRÜNE</p> <p>Horst Becker Udo Paschedag</p> <p>Schwannstraße 3 40476 Düsseldorf 4566-0 4566-388 poststelle@mkulnv.nrw.de</p>	<p>Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr</p>  <p>Michael Groschek SPD</p> <p>Gunther Adler</p> <p>Jürgensplatz 1 40219 Düsseldorf 3843-0 3843-9110 poststelle@mbwsv.nrw.de</p>	<p>Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung</p>  <p>Svenja Schulze SPD</p> <p>Helmut Dockter</p> <p>Völklinger Straße 49 40221 Düsseldorf 896-04 896-4555 poststelle@miwf.nrw.de</p>
<p>Ressort</p> <p>Minister/-in</p> <p>Staatssekretär/-in</p> <p>Postanschrift</p> <p>Telefon 0211- Telefax 0211- E-Mail</p>	<p>Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport</p>  <p>Ute Schäfer SPD</p> <p>Prof. Klaus Schäfer</p> <p>Haroldstraße 4 40213 Düsseldorf 837-02 837-2200 poststelle@mfkjks.nrw.de</p>	<p>Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter</p>  <p>Barbara Steffens GRÜNE</p> <p>Marlis Bredehorst</p> <p>Horionplatz 1 40213 Düsseldorf 8618-50 86185-4566 info@mgepa.nrw.de</p>	<p>Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien</p>  <p>Dr. Angelica Schwall-Düren SPD</p> <p>Dr. Marc Jan Eumann</p> <p>Stadttor 1 40219 Düsseldorf 837-01 837-1150 poststelle@stk.nrw.de</p>		

Nr.	Ausschuss	Vorsitz	stellv. Vorsitz	Ausschuss Assistent/-in	Durchwahl Assistent/-in 0211-884	Zahl der Mitglieder	Mitglieder SPD	Mitglieder CDU	Mitglieder GRÜNE	Mitglieder FDP	Mitglieder PIRATEN
A 1	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	 Günter Garbrecht SPD	Oskar Burkert CDU	Dr. Michael Kober	-2336	25	<i>Scheffler, Michael</i> Dr. Adelmann, Roland Bischoff, Rainer Garbrecht, Günter Jansen, Daniela Kieninger, Gerda Lück, Angela Neumann, Josef Spanier-Oppermann, Ina Warden, Marion Yüksel, Serdar	<i>Preuß, Peter</i> Burkert, Oskar Doppmeier, Ursula Kerkhoff, Matthias Kern, Walter Middendorf, Claudia Post, Norbert	<i>Maaßen, Martina</i> Asch, Andrea Ursula Ünal, Arif	<i>Alda, Ernst-Ulrich</i> Schneider, Susanne	<i>Wegner, Olaf</i> Sommer, Torsten
A 2	Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	 Dieter Hilser SPD	Klaus Vossemer CDU	Harald Holler	-2489	25	<i>Breuer, Reiner</i> Becker, Andreas Berghahn, Jürgen Dudas, Gordan Hilser, Dieter Jahl, Armin Kramer, Hubertus Löcker, Carsten Ott, Jochen Philipp, Sarah Tüttenberg, Achim	<i>Schemmer, Bernhard</i> Fehring, Hubertus Hausmann, Wilhelm Moritz, Arne Rehbaum, Henning Schick, Thorsten Vossemer, Klaus	<i>Klocke, Arndt</i> Beu, Rolf Schneckenburger, Daniela	<i>Ellerbrock, Holger</i> Rasche, Christof	<i>Bayer, Oliver</i> Fricke, Stefan
A 3	Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation	 Daniela Jansen SPD	Ina Scharrenbach CDU	Monika Pirron	-2434	16	<i>Kieninger, Gerda</i> Benninghaus, Walburga Jansen, Daniela Kopp-Herr, Regina Scheffler, Michael Spanier-Oppermann, Ina Steininger-Bludau, Eva	<i>van Dinther, Regina</i> Güler, Serap Haardt, Christian Klöpper, Rita Scharrenbach, Ina	<i>Paul, Josefine</i> Schäffer, Verena	<i>Schneider, Susanne</i>	<i>Rydlowski, Birgit</i>
A 4	Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	 Margret Voßeler CDU	Andrea Ursula Asch GRÜNE	Monika Pirron	-2434	25	<i>Jörg, Wolfgang</i> Benninghaus, Walburga Dudas, Gordan Hack, Ingrid Kopp-Herr, Regina Maelzer, Dennis Rahe, Ernst-Wilhelm Steininger-Bludau, Eva Stotz, Marlies Watermann-Krass, Annette Zimkeit, Stefan	<i>Tenhuberg, Bernhard</i> Doppmeier, Ursula Kamieth, Jens Kern, Walter Milz, Andrea Scharrenbach, Ina Voßeler, Margret	<i>Asch, Andrea Ursula</i> Hanses, Dagmar Velte, Jutta	<i>Hafke, Marcel</i> Dr. Stamp, Joachim	<i>Düngel, Daniel</i> Wegner, Olaf
A 5	Hauptausschuss	 Prof. Dr. Rainer Bovermann SPD	Stefan Engstfeld GRÜNE	Birgit Hielscher	-2226	25	<i>Töns, Markus</i> Dr. Adelmann, Roland Börschel, Martin Prof. Dr. Bovermann, Rainer Eiskirch, Thomas Garbrecht, Günter Herter, Marc Müller-Witt, Elisabeth Schlömer, Dirk Warden, Marion Weckmann, Peter	<i>Laschet, Armin</i> Dr. Droste, Wilhelm Fehring, Hubertus Golland, Gregor Jostmeier, Werner Vossemer, Klaus Wittke, Oliver	<i>Mostofizadeh, Mehrdad</i> Engstfeld, Stefan Keymis, Oliver	<i>Lindner, Christian</i> Rasche, Christof	<i>Marsching, Michele</i> Sommer, Torsten
A 6	Ausschuss für Europa und Eine Welt	 Nicolaus Kern PIRATEN	Josef Neumann SPD	Nicole Esser	-2979	22	<i>Töns, Markus</i> Bell, Dietmar Geyer, Jens Hendricks, Renate Maria Münchow, Volker Münstermann, Peter Neumann, Josef Schlömer, Dirk Yüksel, Serdar	<i>Freifrau von Boeselager, Ilka</i> Dr. Berger, Stefan Jostmeier, Werner Kerkhoff, Matthias Müller, Holger Rehbaum, Henning	<i>Engstfeld, Stefan</i> Asch, Andrea Ursula Bolte, Matthi	<i>Dr. Wolf, Ingo</i> Ellerbrock, Holger	<i>Fricke, Stefan</i> Kern, Nicolaus
A 7	Haushalts- und Finanzausschuss	 Christian Möbius CDU	Uli Hahnen SPD	Frank Schlichting	-2580	25	<i>Börschel, Martin</i> Andres, Dagmar Berghahn, Jürgen Gebhard, Heike Hahnen, Uli Herter, Marc Hübner, Michael R. Kämmerling, Stefan Lux, Eva Weske, Markus Herbert Zimkeit, Stefan	<i>Dr. Optendrenk, Marcus</i> Jung, Volker Krückel, Bernd Möbius, Christian Scharrenbach, Ina Schmitz, Hendrik Sieveke, Daniel	<i>Mostofizadeh, Mehrdad</i> Krüger, Mario Schäffer, Verena	<i>Witzel, Ralf</i> Wedel, Dirk	<i>Schulz, Dietmar</i> Stein, Robert

Nr.	Ausschuss	Vorsitz	stellv. Vorsitz	Ausschuss Assistent/-in	Durchwahl Assistent/-in 0211-884 Zahl der Mitglieder	Mitglieder SPD	Mitglieder CDU	Mitglieder GRÜNE	Mitglieder FDP	Mitglieder PIRATEN
A 8	Ausschuss für Haushaltskontrolle	 Achim Tüttenberg SPD	Kai Abruszat FDP	Thomas Wilhelm	-2523 16	<i>Gatter, Stephan</i> Andres, Dagmar Große Brömer, Wolfgang Hammelrath, Helene Hilser, Dieter Jahl, Armin Tüttenberg, Achim	<i>Seel, Rolf</i> Krückel, Bernd Ortgies, Friedhelm Sieveke, Daniel Vogt, Petra	<i>Krüger, Mario</i> Dr. Seidl, Ruth	<i>Abruszat, Kai</i>	<i>Rohwedder, Hanns-Jörg</i>
A 9	Innenausschuss	 Daniel Sieveke CDU	Andreas Kossiski SPD	Norbert Krause	-2521 25	<i>Stotko, Thomas</i> van den Berg, Guido Bialas, Andreas Dahm, Christian Ganzke, Hartmut Geyer, Jens Heinrichs, Falk Körfges, Hans-Willi Kossiski, Andreas Marquardt, Thomas Yetim, Ibrahim	<i>Kruse, Theo</i> Golland, Gregor Hegemann, Lothar Korte, Kirstin Lohn, Werner Schittges, Winfried Sieveke, Daniel	<i>Schäffer, Verena</i> Bolte, Matthi Düker, Monika	<i>Dr. Orth, Robert</i> Lürbke, Marc	<i>Herrmann, Frank</i> Schatz, Dirk
A 10	Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung	 Arndt Klocke GRÜNE	Heike Gebhard SPD	Norbert Krause	-2521 22	<i>Schultheis, Karl</i> Bell, Dietmar Prof. Dr. Bovermann, Rainer Fortmeier, Georg Gebhard, Heike Hahnen, Uli Hammelrath, Gabriele Maelzer, Dennis Preuß-Buchholz, Iris	<i>Dr. Berger, Stefan</i> Birkhahn, Astrid Haardt, Christian Kaiser, Klaus Nettelstroth, Ralf Prof. Dr.Dr. Sternberg, Thomas	<i>Dr. Seidl, Ruth</i> Klocke, Arndt Paul, Josefine	<i>Freimuth, Angela</i> Hafke, Marcel	<i>Dr. Paul, Joachim</i> Bayer, Oliver
A 11	Ausschuss für Kommunalpolitik	 Christian Dahm SPD	Marie-Luise Fasse CDU	Sabine Arnoldy	-2578 25	<i>Hübner, Michael R.</i> Becker, Andreas Börner, Frank Dahm, Christian Kämmerling, Stefan Körfges, Hans-Willi Kramer, Hubertus Steinmann, Lisa Wagener, Tanja Weiß, Rüdiger Wolf, Sven	<i>Kuper, André</i> Biesenbach, Peter Fasse, Marie-Luise Grunendahl, Wilfried Lohn, Werner Moritz, Arne Nettelstroth, Ralf	<i>Krüger, Mario</i> Velte, Jutta Zentis, Gudrun	<i>Abruszat, Kai</i> Nüchel, Thomas	<i>Stein, Robert</i> Herrmann, Frank
A 12	Ausschuss für Kultur und Medien	 Karl Schultheis SPD	Daniel Schwerd PIRATEN	Judith Drögeler	-2145 22	<i>Bialas, Andreas</i> <i>Vogt, Alexander</i> Benninghaus, Walburga Dmoch-Schweren, Brigitte Meesters, Norbert Rahe, Ernst-Wilhelm Schneider, René Schultheis, Karl Steinmann, Lisa	<i>Prof. Dr.Dr. Sternberg, Thomas</i> Fasse, Marie-Luise Hegemann, Lothar Schick, Thorsten Uhlenberg, Eckhard Wirtz, Axel	<i>Keymis, Oliver</i> Bolte, Matthi Klocke, Arndt	<i>Nüchel, Thomas</i> Schmitz, Ingola Stefanie	<i>Schwerd, Daniel</i> Lamla, Lukas
A 13	Petitionsausschuss	 Rita Klöpfer CDU	Inge Howe SPD	Geschäftsstelle Petitionsreferat	-2299 -2143 25	<i>Ruhkemper, Cornelia</i> von Grünberg, Bernhard Howe, Inge Jörg, Wolfgang Krick, Manfred Lux, Eva Preuß-Buchholz, Iris Schultheis, Karl Warden, Marion Watermann-Krass, Annette Yüksel, Serdar	<i>Middendorf, Claudia</i> Dr. Bergmann, Günther J. Dr. Bunse, Anette Klöpper, Rita Korte, Kirstin Moritz, Arne Schulze Föcking, Christina	<i>Goldmann, Herbert Franz</i> Beer, Sigrid Maaßen, Martina	<i>Bombis, Ralph</i> Alda, Ernst-Ulrich	<i>Olejak, Marc</i> Marsching, Michele
A 14	Rechtsausschuss	 Dr. Robert Orth FDP	Hartmut Ganzke SPD	Birgit Hielscher	-2226 22	<i>Wolf, Sven</i> Breuer, Reiner Dmoch-Schweren, Brigitte Ganzke, Hartmut Lüders, Nadja Marquardt, Thomas Philipp, Sarah Stotko, Thomas Wagener, Tanja	<i>Kamieth, Jens</i> Biesenbach, Peter Freifrau von Boeselager, Ilka Haardt, Christian Korte, Kirstin Möbius, Christian	<i>Hanses, Dagmar</i> Düker, Monika Markert, Hans Christian	<i>Wedel, Dirk</i> Dr. Orth, Robert	<i>Schulz, Dietmar</i> Kern, Nicolaus

Nr.	Ausschuss	Vorsitz	stellv. Vorsitz	Ausschuss Assistent/-in	Durchwahl Assistent/-in 0211-884	Zahl der Mitglieder	Mitglieder SPD	Mitglieder CDU	Mitglieder GRÜNE	Mitglieder FDP	Mitglieder PIRATEN
A 15	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	 Wolfgang Große Brömer SPD	Astrid Birkhahn CDU	Sabine Arnoldy	-2578	25	Hendricks, Renate Maria Dmoch-Schweren, Brigitte Feuß, Hans Große Brömer, Wolfgang Hammelrath, Gabriele Preuß-Buchholz, Iris Stotz, Marlies Voigt-Küppers, Eva-Maria Weckmann, Peter Weiß, Rüdiger Wolf, Sven	Vogt, Petra Birkhahn, Astrid Dr. Bunse, Anette Güler, Serap Dr. Hachen, Gerd Kaiser, Klaus Post, Norbert	Beer, Sigrid Dr. Seidl, Ruth Zentis, Gudrun	Gebauer, Yvonne Schmitz, Ingola Stefanie	Pieper, Monika Rydlewski, Birgit
A 16	Sportausschuss	 Axel Wirtz CDU	Helene Hammelrath SPD	Hans-Georg Schröder	-2487	22	Bischoff, Rainer Feuß, Hans Hammelrath, Helene Heinrichs, Falk Kossiski, Andreas Müller, Hans-Peter Münchow, Volker Weckmann, Peter Weske, Markus Herbert	Müller, Holger Dr. Hachen, Gerd Hausmann, Wilhelm Jung, Volker Seel, Rolf Wirtz, Axel	Paul, Josefine Beu, Rolf Goldmann, Herbert Franz	Lürbke, Marc Dr. Wolf, Ingo	Lamla, Lukas Düngel, Daniel
A 17	Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	 Friedhelm Ortgies CDU	Cornelia Ruhkemper SPD	Thomas Wilhelm	-2523	25	Meesters, Norbert Berghahn, Jürgen Blask, Inge Börner, Frank Gatter, Stephan Krick, Manfred Löcker, Carsten Ruhkemper, Cornelia Sundermann, Frank Thiel, Rainer Christian Watermann-Krass, Annette	Deppe, Rainer Schulze Föcking, Christina Hovenjürgen, Josef Ortgies, Friedhelm Schick, Thorsten Voßeler, Margret Wirtz, Josef	Brems, Wibke Markert, Hans Christian Rüße, Norwich	Höne, Henning Busen, Karlheinz	Brand, Simone Rohwedder, Hanns-Jörg
A 18	Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk	 Georg Fortmeier SPD	Dr. Günther J. Bergmann CDU	Hans-Georg Schröder	-2487	25	Eiskirch, Thomas Bell, Dietmar van den Berg, Guido Blask, Inge Fortmeier, Georg Müller-Witt, Elisabeth Münstermann, Peter Schmeltzer, Rainer Sundermann, Frank Thiel, Rainer Christian Vogt, Alexander	Wüst, Hendrik Dr. Bergmann, Günther J. Freifrau von Boeselager, Ilka Grunendahl, Wilfried Kufen, Thomas Spiecker, Rainer Wirtz, Josef	Schneckenburger, Daniela Dr. Beisheim, Birgit Brems, Wibke	Brockes, Dietmar Bombis, Ralph	Schmalenbach, Kai Schwerd, Daniel
A 19	Integrationsausschuss	 Arif Ünal GRÜNE	Ingrid Hack SPD	Judith Drögeler	-2145	16	von Grünberg, Bernhard Hack, Ingrid Lück, Angela Müller, Hans-Peter Rahe, Ernst-Wilhelm Schneider, René Yetim, Ibrahim	Güler, Serap Dr. Bunse, Anette van Dinther, Regina Milz, Andrea Rehbaum, Henning	Velte, Jutta Ünal, Arif	Dr. Stamp, Joachim	Brand, Simone
A 21	Wahlprüfungsausschuss	 Sven Wolf SPD		Hans-Georg Schröder	-2487	9	Prof. Dr. Bovermann, Rainer Körfiges, Hans-Willi Stotko, Thomas Wolf, Sven	Dr. Droste, Wilhelm Jostmeier, Werner	Beer, Sigrid	Witzel, Ralf	Olejak, Marc

Stand September 2012

Die jeweiligen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen sind kursiv gesetzt.

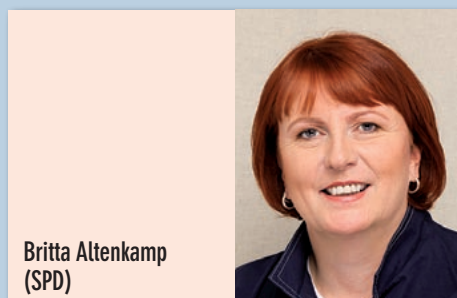
LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen



Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Den neuen Gesetzentwurf unterscheidet von der bestehenden Regelung ...

... der konsequente Schutz von Kindern und Jugendlichen. Zudem sind keine Ausnahmen für den gastronomischen Bereich mehr vorgesehen.

... , dass er freie und mündige Bürger von oben herab per Gesetz bevormunden, erziehen und ihnen die Entscheidungsfreiheit nehmen will. Die bisherige Regelung stellt dagegen einen angemessenen Ausgleich zwischen dem unumstrittenen Vorrang des Nichtraucherschutzes und der Freiheit der Raucher dar.

Mit Blick auf Umsetzung und Kontrollierbarkeit der geplanten Vorschriften sehe ich ...

... und meine Fraktion für die Kommunen und ihre Ordnungsämter anders als bisher die Möglichkeit, diese konsequent umsetzen und kontrollieren zu können.

... schwarz. Es ist mir beispielsweise schleierhaft, wie Veranstalter von Schützenfesten die Einhaltung des Rauchverbotes in Festzelten effektiv kontrollieren und durchsetzen sollen. Die Erhöhung des Rahmens möglicher Bußgelder würde zudem zu einer erheblichen Beschädigung des ehrenamtlichen Engagements führen.

Grenzen staatlichen Eingreifens sind für mich ...

... und meine Fraktion dort erreicht, wo es nicht mehr nur um den effektiven und rechtssicheren Gesundheitsschutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern geht. Ziel des Gesetzes darf keine Bevormundung von Raucherinnen und Rauchern sein.

... da gegeben, wo Menschen über einen effektiven Nichtraucherschutz hinaus gesetzlich bevormundet werden sollen. Es ist ausdrücklich zu unterstützen, wenn Menschen dabei geholfen wird, mit dem massiv gesundheitsschädlichen Rauchen aufzuhören. Gesetzlich verordnen können wir das allerdings nicht.

Die Trennung von Raucher- und Nichtraucherräumen ist für mich ...

... und meine Fraktion nicht der eigentliche Kern der Diskussion. Für uns steht im Vordergrund der Gesundheitsschutz von Kindern, Jugendlichen, Nichtraucherinnen und -rauchern. Wenn es Ausnahmen geben sollte, müssen diese rechtssicher sein, damit es nicht gleich wieder zu Klagen vor Gericht kommt.

... eine gute Lösung. Raucher können sich in klar abgetrennten Raucherräumen ihre Zigarette anzünden, ohne Nichtraucher zu belästigen. Viele Gastwirten, die für den Umbau ihrer Lokale erhebliche Investitionen getätigt haben, würden durch ein ausnahmsloses Rauchverbot vor großen Existenznöten stehen.

Im Vergleich zu den Bestimmungen in anderen Bundesländern bewerte ich den neuen Entwurf als ...

... den weitestgehenden. Deshalb erfährt er in der Öffentlichkeit diese große Aufmerksamkeit einhergehend mit sehr kontroversen Diskussionen.

... vollkommen unnötig. Ziel eines konsequenten Nichtraucherschutzes muss es sein, dass Nichtraucher uneingeschränkt am öffentlichen Leben teilhaben können, ohne sich gegen ihren Willen einer Gesundheitsgefährdung durch Tabakrauch auszusetzen. Dieses Ziel ist mit der geltenden Regelung bereits erreicht.

Diesmal zum Thema Nichtraucherchutz.

Arif Ünal (GRÜNE)



... konsequenter Schutz vor dem Passivrauchen. Wer raucht, muss für sich selbst entscheiden, ob er oder sie sich den gesundheitlichen Risiken aussetzen will. In Gegenwart anderer Personen werden aber auch diese in Mitleidenschaft gezogen. Dies unterscheidet das Rauchen von allen anderen Suchtformen.

... grundsätzlich keine größeren Umsetzungsprobleme. Insbesondere die Kommunen hatten die vielen Ausnahmeregelungen kritisiert, die das bestehende Gesetz kaum umsetzbar machen.

... dort, wo es um die Privatsphäre geht. Die sehe ich im aktuellen Entwurf nicht berührt. Mit einer Stärkung des Nichtraucherchutzes schaffen wir für NRW lediglich eine Situation, die in vielen anderen Staaten längst selbstverständlich ist.

... nicht ausreichend, um einen Schutz vor dem ungewollten Passivrauchen zu gewähren. Rauchen schadet potenziell nicht nur den Rauchenden selbst, sondern auch Personen in ihrer Umgebung, etwa Beschäftigte. Viele Staaten haben deshalb weitreichende, bereits bewährte Nichtraucherchutzgesetze erlassen.

... umfassend konsequent beim Gesundheitsschutz. Ähnliches sehe ich nur in Bayern und im Saarland. Durch den Verzicht auf die vielen Ausnahmeregelungen würden wir endlich internationalen Standard bei Nichtraucherchutz erreichen und Wettbewerbsbenachteiligungen beseitigen.

Dietmar Brockes (FDP)



... die massive Einschränkung der bürgerlichen Eigenverantwortung und Freiheit. Die FDP hat in Regierungsverantwortung in NRW einen umfassenden und effektiven Nichtraucherchutz durchgesetzt. Staatliche Rauchverbote auf privaten Feiern, Brauchtumsveranstaltungen oder in Eckkneipen sind unverhältnismäßig.

... weitere Probleme, weil Gastronomen und Veranstalter mit erheblichen Strafen belastet werden. Außerdem ist es unverantwortlich, dass ehrenamtliche Vereine Gefahr laufen, hohe Strafen bezahlen zu müssen, wenn einzelne Personen etwa auf Schützenfesten das staatliche Rauchverbot missachten.

... , wenn die Privatsphäre und die unternehmerische Freiheit missachtet werden. Die Landesregierung will gesetzlich vorschreiben, dass auf einer privaten Geburtstagsfeier das Rauchen verboten ist. Auch in inhabergeführten Eckkneipen soll das so sein. Rot-Grün will den Bürger offenbar entmündigen.

... eine praktikable Lösung. Entscheidend ist, dass es in Restaurants und Kneipen zu einem ausgewogenen Interessenausgleich von Nichtrauchern und Rauchern kommt. Wenn Räume für das Rauchen freigegeben sind, kann der Einzelne entscheiden, ob er sich dort aufhält. Diese Freiheit sollten wir verteidigen.

... völlig unverhältnismäßig. Schauen wir auf das SPD-regierte Hamburg. Rauchen in Gastronomie mit separatem Raum: In Hamburg erlaubt, in NRW künftig verboten. Eckkneipe und Festzelt – in Hamburg erlaubt. In NRW künftig verboten. Die FDP wendet sich gegen diese allumfassende grüne Verbotspolitik.

Simone Brand (PIRATEN)



... eine unangemessene Bevormundung von Bürgern und Gastronomie, die tief in die persönliche und wirtschaftliche Entfaltungsfreiheit eingreift.

... eine spannende Zeit vor uns liegen. Aktuell ist man nicht einmal in der Lage, das bereits bestehende Gesetz mit ausreichenden Kontrollen konsequent umzusetzen. Wie wird es da erst bei einer völligen Prohibition sein.

... Gesetze, die die freie Entfaltung des selbstbestimmten Bürgers einschränken.

... eine begrüßenswerte Lösung, um den Nichtraucherchutz zu wahren. Diese findet sich allerdings schon in der bestehenden Gesetzgebung. Auch ich als Raucher genieße ein gutes Essen lieber in rauchfreier Umgebung.

... weit überzogen. Durch die unangemessene Einbeziehung des Verbots der E-Zigarette in das neue Gesetz übertrifft die Reglementierung sogar das „bayerische Modell“.



Aus den Fraktionen

Erfolgreich und kreativ – Medienland NRW

NRW ist Medien- und Kreativstandort Nummer 1. Dies zeigte sich auch wieder auf der diesjährigen gamescom in Köln – der weltgrößten Messe für Computerspiele und Unterhaltungssoftware.

Das enorme wirtschaftliche Potential hat die SPD schon früh erkannt.

„Wir haben die Film- und Medienstiftung so weiterentwickelt, dass neben Filmen auch Unternehmen gefördert werden, die innovative Games und Internetanwendungen in NRW programmieren“, so der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Alexander Vogt (links im Bild), bei einer Diskussion auf der Messe.

Diese Förderung ist wichtig und erfolgreich. Mit 52.000 Medien- und Kommunikationsunternehmen ist NRW führend in Deutschland und ein wichtiger Standort in Europa.



Der aktuelle Kreativreport NRW zeigt, dass im vergangenen Jahr allein die Gamesbranche um 30 Prozent gewachsen ist.

„Für uns als SPD ist neben der wirtschaftlichen Bedeutung der Medien aber auch der sichere

Umgang der Menschen mit ihnen von großer Bedeutung“, so Alexander Vogt. Der rot-grüne Koalitionsvertrag sieht vor, dass auch die kompetente und sichere Anwendung von Medien ein wichtiger Bereich ist, der weiter gefördert werden muss. Der Medienpass, mit dem an Grundschulen in NRW Medienkompetenz an Kinder vermittelt wird, soll erweitert werden. „Wir gehen den Weg über die Schulen, da nur dort sichergestellt ist, dass auch alle Kinder erreicht werden“, erklärt Vogt. Für die SPD gehört die wirtschaftliche Bedeutung der Medien- und Kreativunternehmen zusammen mit dem Einsatz für einen sicheren Umgang mit Medien durch Kinder und Jugendliche. ■



Sommerfest der CDU-Landtagsfraktion: Schön war's!



Strahlender Sonnenschein, Dixie-Musik, Leckeres vom Grill und kühle Getränke: Besser konnten die Rahmenbedingungen für das Sommerfest der CDU-Landtagsfraktion gar nicht sein. Über 500 Gäste waren in und vor den Landtag gekommen, um mit den 67 Abgeordneten der

CDU-Landtagsfraktion ein paar schöne, harmonische Stunden zu verbringen. Entsprechend erfreut zeigte sich hinterher Fraktionschef Karl-Josef Laumann: „Schön war's! Die vielen Begegnungen und guten Gespräche werden uns allen noch lange in Erinnerung bleiben.“ ■

Fotos: Zierhut



Grüne Fraktion mit neuem Vorstand



Zum Abschluss der Sommerpause traf sich die neu konstituierte Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen zu einer dreitägigen Klausur. Die

29 Abgeordneten diskutierten die Arbeitsschwerpunkte der kommenden Monate und organisierten ihre internen Arbeitskreise. Darüber hinaus stand auch die Wahl eines neuen Fraktionsvorstands an

Einstimmig bestätigten die Abgeordneten ihren Fraktionschef Reiner Priggen. Der Ingenieur und Energie-Experte tritt damit seine zweite Amtszeit an, er war 2010 als Nachfolger der jetzigen stellvertretenden Ministerpräsi-

dentin und Schulministerin Sylvia Löhrmann an die Spitze der Fraktion gewählt worden. Zu ihrer Parlamentarischen Geschäftsführerin be-

stimmte die Fraktion erneut die schulpolitische Sprecherin Sigrid Beer.

Einen Wechsel gab es bei den vier Stellvertreter-Positionen. Im Amt bestätigt wurden Daniela Schneckenburger, wirtschaftspolitische Sprecherin, und Mehrdad Mostofizadeh, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion. Josefine Paul und Arndt Klocke schieden aus dem Vorstand aus. Neue Stellvertreterin wurde die Abgeordnete Verena Schäffer, innenpolitische Sprecherin, neuer Stellvertreter Stefan Engstfeld, europapolitischer Sprecher. Der neue Vorstand wurde turnusgemäß für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren, bis Januar 2015, gewählt. ■



Gebauer: FDP will Gymnasien stärken

Die FDP möchte faire Bedingungen für Gymnasien, damit diese nicht gegenüber anderen Schulformen benachteiligt werden. „Gymnasien sind mit einer Übergangsquote von 41 Prozent die beliebteste Schulform in NRW. Im Schulkonsens von CDU, SPD und Grünen werden Gymnasien gegenüber den integrierten Schulformen jedoch benachteiligt“, sagt Yvonne Gebauer, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion. Deshalb hat die FDP-Fraktion jetzt ein Konzept zur Stärkung der Gymnasien vorgestellt. Der „Stärkungspakt Gymnasien“ beinhaltet drei Punkte: eine Kampagne zum Ganztagsausbau, eine Flexibilisierung des Ganztagsangebots und die langfristige Sicherung der Stellen aus dem Wegfall des doppelten Abiturjahrgangs.

„Der Ganztag ist wichtig, um Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen

herzustellen“, erklärt Gebauer. In NRW ist der Ganztagsausbau jedoch an den weiterführenden Schulformen unterschiedlich weit fortgeschritten. „Nahezu 100 Prozent der Gesamt- und Sekundarschulen arbeiten als Ganztagschulen, jedoch verfügen nur rund 25 Prozent der Gymnasien über ein Ganztagsangebot.“ Die FDP fordert die rot-grüne

Landesregierung auf, sich für eine dynamische Entwicklung beim Ganztag an Gymnasien einzusetzen. Zugleich möchte die FDP, dass der Ganztag flexibel ausgestaltet wird, um den unterschiedlichen Elternwünschen Rechnung zu tragen. „Deshalb soll die Landesregierung es Schulen ermöglichen, parallel Klassen im Halbtag- und im Ganztagsbetrieb vorzuhalten.“



Nach dem Wegfall des doppelten Abiturjahrgangs 2013 werden laut Prognosen der Landesregierung rund 2.300 Stellen an Gymnasien zur Disposition stehen. Diese Stellen sollen aus Sicht der FDP an den Gymnasien zur Verbesserung der Qualität verbleiben. Gebauer: „Sie

können sowohl zur Realisierung von Ganztagsangeboten eingesetzt werden als auch zur Verbesserung der Förderangebote. Zudem sollen diese Stellen zur Absenkung der Klassen- und Kursgrößen genutzt werden.“ ■



Jetzt kann's losgehen: Die Piratenfraktion ist startklar!

So wie die Handwerker am neuen Plenarsaal haben wir in der Sommerpause an unserer Fraktion gezimmert. Pünktlich zum Beginn der Plenarsitzungswochen steht die Mannschaft der Piratenfraktion. Für die rund 70 zu beset-

zenden Stellen gingen über 1.300 Bewerbungen ein. Schön, dass so viele Menschen auch beruflich das Interesse haben, sich für die NRW-Landespolitik der PIRATEN zu engagieren. Beim Bezug unserer Räumlichkeiten in der ers-

ten, zweiten und sechsten Etage des Landtags haben uns die Angestellten der Landtagsverwaltung und der Landtags-IT sehr unterstützt. Ihnen an dieser Stelle ein ganz großes Dankeschön! Von den Abgeordneten der anderen Fraktionen sind wir sehr fair mit einer Mischung aus Neugierde und gesunder Skepsis empfangen

worden. Jetzt freuen wir uns auf die anstehende Zusammenarbeit.

Eines unserer Kernanliegen für die politische Arbeit der nächsten Monate ist das Thema Open Data. Die Steuerzahler haben für öffentliche und behördliche Daten bezahlt. Deshalb haben sie auch das Recht, diese Daten einzusehen, aufbereitet zu bekommen und zu nutzen. Auch für das Thema Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) hat die Piratenfraktion bereits einige konkrete Vorschläge erarbeitet. Für Ende des Jahres ist eine große Konferenz zur Verkehrspolitik geplant. ■



Foto: Frank Heinen



Operation am Herzstück geglückt

Plenarsaal im NRW-Parlament kernsaniert und barrierefrei

10. September 2012 – Wettlauf gewonnen: Im Rennen gegen die Zeit hat der Landtag das Herzstück des Hauses, den Plenarsaal, runderneuert. Neben moderner Klimatechnik und neuem Mobiliar gibt es nach neunwöchigem Arbeitsmarathon nun auch eine Rollstuhlrampe und ein absenkbares Rednerpult. Die Chronologie der Ereignisse.

Donnerstag, 5. Juli, 15.40 Uhr. Die letzte Landtags-sitzung vor der Sommerpause ist zu Ende, der Startschuss für die Abbrucharbeiten gefallen: „Dieser Plenarsaal in dieser Form, wie wir ihn alle kennen, wie ihn jetzt die Zuschauer erleben, den werden Sie nach der Sommerpause nicht ganz in dieser Form wiederfinden“, hatte Landtagspräsidentin Carina Gödecke gerade eben noch angekündigt. Schon wenige Minuten später laufen die ersten Handwerker und Möbelpacker auf – mit

Ihre silberfarbenen Kanalelemente stapeln sich in der Wandelhalle und wandern nach und nach unter die Bodenkonstruktion.

Woche Drei. Die dritte Sanierungswoche startet dort, wo die letzte aufgehört hat: mit Lüftungskanälen, Stahlstreben und Schweißarbeiten. Erste Bodenplatten aus Gips sind bereits verlegt. Auf diese Schicht bringen die Bauarbeiter später eine zweite, drei Zentimeter dicke Lage samt Halterungen fürs neue Stuhl-Schiensystem auf.

Woche Sieben. Nächster Etappensieg: Der Gipsboden ist vollständig geschlossen. Deutlich zeichnen sich die neuen Rollstuhlrampen rechts und links von der Position des Redepults ab. Das Zelt über dem nun getrockneten Parkettrondell verschwindet. Damit steht die Mission für diese Woche fest: Holz-tische montieren.

Woche Acht. Der Plenarsaal nimmt Gestalt an. Während einige Handwerke weiter Tische montieren, verlegen andere den neuen Kugelgarn-



Woche 1: Der Plenarsaal ist entkernt, besteht nur noch aus nacktem Beton.



Woche 5: Unter diesem Zeltdach werden Handwerker das neue Parkett schleifen.



Woche 9: Die Tische stehen. Nur noch wenige Tage bis zur nächsten Plenarsitzung.

straffem Zeitplan vor der Brust. Zielpunkt: die nächste Plenarsitzung Anfang September.

Woche Eins. Die Stühle, auf denen vor kurzem noch die 237 Abgeordneten gesessen haben, sind draußen. Auf ratternden Rollwagen verlassen auch die Holz-tische den Saal. So offenbart sich der in die Jahre gekommene Velourboden Stück für Stück als riesiger Flickenteppich – mit ein Grund für die Sanierung. Hinzu kommen eine veraltete Klimatechnik, durchgesessene Sitze und abgenutzte Tische. Kein Wunder nach mehr als 5.500 Sitzungsstunden seit Gebäudeeinweihung vor fast 25 Jahren. Schon am Ende der ersten Sanierungswoche besteht der rund 700 Quadratmeter große Saal nur noch aus nacktem Beton: Bodenstreben, Klimaanlage und Parkettrondell sind unter ohrenbetäubendem Lärm verschwunden.

Woche Zwei. Nach gut einer Woche Demontage startet im Plenarsaal der Aufbau. Die neue Etappe beginnt mit den Stahlstreben für die neue Bodenkonstruktion: Eine Schraube nach der anderen jagt in den nackten Beton. Es kommt auf jeden Millimeter an, damit später alles nahtlos ineinander passt. Auch die neue Klimaanlage steht schon in den Startlöchern:

Damit alles nach Plan läuft, haben Vermessungstechniker den Saal in zwölf Achsenabschnitte unterteilt. Nach anfänglicher Warmlaufphase geht es allmählich in kniffligere Bereiche, wo zahlreiche Rohre den Boden kreuzen.

Woche Vier. In der Mitte des Plenarsaals verlegen Fachleute das neue Parkettrondell. Die rund 50 Quadratmeter große Fläche wird am Ende auf einer Höhe mit der ersten Tischreihe liegen, sodass Gehbehinderte diese ohne Probleme erreichen können.

Woche Fünf. Klopfen, Bohren und Hämmern gehört weiter zur täglichen Geräuschkulisse im Landtagsgebäude. Das Parkettrondell verschwindet unter einem Zelt aus khakifarbener Plastikfolie. Darunter können die Handwerker das Holz ungestört abschleifen und lackieren. Unterdessen trifft in der Bürgerhalle die erste Ladung Tische ein.

Woche Sechs. Die Sanierung des Plenarsaals läuft weiter auf Hochtouren – allerdings mit deutlich reduziertem Lärmpegel: die Durchbruch- und Bohrarbeiten sind so gut wie abgeschlossen. Nun konzentrieren sich die Handwerker auf Installationen innerhalb der Bodenkonstruktion.

Teppich. Nach und nach schließen sie die Tische an das Strom- und Lüftungsnetz an. Frischluft wird zukünftig direkt durch die gesamte Vorderfront der Tische kommen und nicht länger durch den Teppichboden.

Woche Neun. Der Countdown läuft. Noch eine Woche bis zur ersten Sitzung im neuen Plenarsaal. Alle Tische sowie der erhöhte Sitzplatz des Präsidiums stehen. Jetzt sind die grauen Lederstühle und das absenkbare Redepult an der Reihe.

Dienstag, 11. September 2012, 11 Uhr. Zieleinlauf: Nach Probesitzen und Tontest ist es so weit – die Landtagspräsidentin stellt das sanierte Herzstück des Parlaments der Öffentlichkeit vor. Medienleute aus dem ganzen Bundesland sind dabei. Und schon in 24 Stunden geht es hier wie gewohnt weiter mit dem politischen Tagesgeschäft – nach einer lautstarken, nicht ganz gewöhnlichen Sommerpause. *bra*



► Verschiedene Filme rund um die Sanierung des Plenarsaals finden Sie auf der Internetseite (www.landtag.nrw.de) sowie dem Youtube-Kanal des Landtags (www.youtube.com/NRWlandtag).

Portrait: Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)



Mülheim an der Ruhr sein – das zeigen ihre Stadionbesuche bei Borussia Mönchengladbach. Sie sitzt jetzt zwar in der VIP-Loge und fügt sich, anfangs noch widerstrebend, den Sicherheitsrichtlinien für Spitzenpolitiker, aber sie benimmt sich wie früher auf den einfachen Sitzplätzen. Wenn Gladbach Tore schießt, springt sie auf, umarmt Sitznachbarn, klatscht Hände ab, wenn es schlecht läuft, mosert sie. Als die 51-jährige nach ihrer Wiederwahl zur Ministerpräsidentin gefragt wird, was sie zuerst „anpacken“ wolle, sagt sie: „Meinen Mann.“ Als die Opposition sie einmal im Plenum allzu sehr piesackt, ruft sie: „Butter bei die Fische“ und „Reden wir mal Tacheles.“ Wenige Schnörkel, etwas Schminke, mehr Kanten. Längst ist dieser im Ruhrgebiet gewachsene Klare-Kante-Charakter zum zentralen Element einer politischen Glaubwürdigkeitsstrategie geworden. Ihr Mantra lautet „versprochen, gehalten“.

AUTHENTISCH

In einem unbedachten Augenblick verpasst Hannelore Kraft den direkten Weg zur Macht. Die soeben wiedergewählte und vereidigte Ministerpräsidentin bedankt sich in einer kurzen Ansprache ans Parlament und kehrt vom Re-deput in die Reihen der SPD-Landtagsfraktion zurück. Diesen unüblichen Weg kommentiert Landtagspräsidentin Carina Gödecke an jenem 20. Juni mit einem dezenten Hinweis: „Frau Ministerpräsidentin, Sie dürfen natürlich jederzeit im Kreis der Landtagsabgeordneten mitten im Plenum Platz nehmen, aber wenn Sie mögen, dürfen Sie nun auch auf den Platz der Ministerpräsidentin.“ Fröhliches Lachen im Plenum, selbst bei der Opposition, und Frau Kraft geht zu den verwaisten Regierungsbänken und setzt sich ganz rechts auf ihren angestammten Platz.

Es gibt bei ihr immer noch solche Momente der Machtvergessenheit, in denen sie auf Außenstehende besonders menschlich wirkt. Doch sie werden seltener. Denn längst ist Hannelore Kraft in ihrem Amt angekommen und wird davon vereinnahmt. Die Sozialdemokratin ist zur Landesmutter Nordrhein-Westfalens herangewachsen; sie ist unter den populärsten deutschen Politikern die Zweitbeliebteste, knapp hinter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie ist die Kandidatenhoffnung der SPD im Bund, für was auch immer. Man erinnert sich kaum mehr daran, dass sie 2010 auch nicht den direkten Weg zur Macht einschlug und nach einem unklaren Landtagswahlergebnis und unerquicklichen Sondierungsgesprächen zunächst lieber in der Opposition bleiben wollte.

Sie kann noch leicht die Arbeitertochter aus dem heimatlichen Stadtteil Dümpten in

Kraft ist damit das Kunststück gelungen, eine politische Minderheit in eine neue rot-grüne Mehrheit zu verwandeln. Und auch sonst steht ihre politische Karriere in Kontrast zu den sozialdemokratischen Verläufen in Nordrhein-Westfalen. Sonst war es für die SPD in Nordrhein-Westfalen zur Tradition geworden, dass sie ihre Zugpferde in der Regierung nach Heinz Kühn im Lauf wechselte und eine dynastische Ad-Hoc-Erbschaftsfolge etablierte. Die Nachfolger kündigten sich meist früh an, drängten als Kronprinzen. Kraft hingegen kam aus der Opposition.

Sie besitzt keinen politischen Masterplan hin zur Spitze, als sie 1994 in die SPD eintritt und sechs Jahre später als Direktkandidatin erstmals in den Landtag kommt. Es ist ein unbekannter Weg mit ungewisser Richtung, unbekanntem Abzweigen. Die Parlamentsnovizin hat auch Glück, bekommt seltene Chancen, nutzt günstige Gelegenheiten. Ministerpräsident Wolfgang Clement gerät in personelle Not, als sich sein Europaminister 2001 wegen einer Steueraffäre zurückziehen muss. Die damals 39-jährige Kraft hingegen ist ein Vorbild an Transparenz, sie zeigt ihre Einnahmen im Internet; die kluge Mülheimerin wirkt obendrein frisch, geradeaus, unerschrocken. Sie übernimmt später das gewichtigere Wissenschaftsressort. Vier Jahre gehört sie zum Kabinett, und wäre es wohl auch weiter geblieben, wenn nicht die Abwahl der SPD nach 39 Regierungsjahren gekommen wäre.

Sie wird nicht für den Niedergang der alten Regierungspartei verantwortlich gemacht, es

müssen andere weichen. Kraft wird zur SPD-Fraktionsvorsitzenden gewählt, zur Oppositionschefin. In dieser Zeit wird der Grundstein für eine langfristige Strategie gelegt. Zwei Jahre später übernimmt sie den vakanten SPD-Landesvorsitz und reserviert sich die Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 2010. Altvordere in der SPD betrachten sie mit Skepsis, sie die erste Frau an der Spitze, wirkt nicht wie ein political animal, ein ungewohnter Kontrast zu legendären Leitwölfen. Sie wird unterschätzt. In geselligen Runden erzählt Kraft bisweilen, dass sie einigen auf die Füße getreten sei. Jemand, der sie in kritischen Momenten weit hinter den Kulissen erlebt hat, sagt: „Sie kann ganz schön die Krallen ausfahren.“

Natürlich fragt man sich, wohin das alles führen wird. Die stellvertretende Parteivorsitzende Kraft zerschlägt sehnliche Erwartungen in der SPD, sich demnächst um die Kanzlerkandidatur zu bewerben. Sie hat dies für 2013 ausgeschlossen, ebenso für 2017. Kategorisch klingt ihre Absage, ungewöhnlich für einen Politiker, logisch für eine Authentizitätsmeisterin. Keiner weiß, was passiert, wenn die SPD nicht mehr so stillhält wie in diesen Tagen, wenn sie aus allen Ecken laut zu rufen beginnt. Vielleicht kann Hannelore Kraft bestimmen, wann die Partei rufen soll. Sie macht zumindest den Eindruck, als könnte sie entscheiden, wie ihr Weg entlang der Macht verläuft.

Kristian Frigeli

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Marc Herter (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Lutz Lienenkämper (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Sigrid Beer (GRÜNE), Parlamentarische Geschäftsführerin; Christof Rasche (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Monika Pieper (PIRATEN), Parlamentarische Geschäftsführerin; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Pressesprecherin; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Ingo Schneider (PIRATEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

im September 2012

15.9. Dr. Berger, Stefan (CDU)	43
16.9. Altenkamp, Britta (SPD)	48
16.9. Weske, Markus Herbert (SPD)	44
17.9. Dr. Hachen, Gerd (CDU)	60
17.9. Dr. Walter-Borjans, Norbert *	60
18.9. Münchow, Volker (SPD)	52
20.9. Thiel, Rainer Christian (SPD)	61
21.9. Hilser, Dieter (SPD)	59
21.9. Kern, Nicolaus (PIRATEN)	40
23.9. Jansen, Daniela (SPD)	35
24.9. Wittke, Oliver (CDU)	46
26.9. Schittges, Winfried (CDU)	66
28.9. Sommer, Torsten (PIRATEN)	41
29.9. Schulze, Svenja (SPD)	44
30.9. Scharrenbach, Ina (CDU)	36

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

17.9. Brunn, Anke (SPD)	70
-------------------------	----

* Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

verstorben

1.8. Lieselotte Funcke (FDP)
MdL 1950-1961

25.8. Karl Heinz Nolzen (SPD)
MdL 1970-1985

Weltkindertag

16.9.2012 Der Landtag öffnet wieder seine Türen: Am Weltkindertag bietet er von 12 bis 18 Uhr innerhalb und außerhalb des Gebäudes Politik und Informationen für Kinder, ein buntes Bühnenprogramm, Live-Musik, Ausstellungen und Kinderaktionen.

Landtag vor Ort in der Eifel

19.9.2012 Das Präsidium des Landtags ist wieder in NRW unterwegs. Nach den Besuchen in Südwestfalen und am Niederrhein geht es nun in die Eifel. Bei Gesprächen und Begegnungen unter anderem in Monschau und am Internationalen Platz Vogelsang möchte das Präsidium die Menschen in der Region kennenlernen und sich über Themen wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit informieren.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Kirchenrat Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälät Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 13. September 2012 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum der Stille (Bürgerhalle).

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



„Bitte nehmen Sie Platz“, ...

... fordert dieser neue Sitz die Abgeordneten des Landtags auf. Neue Bestuhlung, neue Tische, neue Belüftung: Der Plenarsaal des NRW-Parlaments präsentiert sich pünktlich zum Silberjubiläum des Landtagsgebäudes in neuer Optik, mit verbesserter Technik und vor allem: barrierefrei. Nun können gehbehinderte Mitglieder des Hohen Hauses ohne Probleme das Redepult erreichen. Ein zeitgemäßer Plenarsaal, der kommenden Anforderungen gewachsen ist. Foto: Schälte